

Pressegespräch zum Bayerischen Transitzentrum in Manching/Ingolstadt

Statements von Caritasdirektor Prälat Hans Lindenberger, Caritas-Fachreferent für Asyl und Migration, Willi Dräxler, und Gabriele Störkle, Fachdienstleiterin Asylsozialberatung, Caritas Zentrum Pfaffenhofen

Vorbemerkung:

Als Diözesan-Caritasverband der Erzdiözese München und Freising engagieren wir uns seit vielen Jahren in unterschiedlichen Diensten und Einrichtungen für Menschen, die vor Krieg, Terror und Gewalt nach Deutschland geflüchtet oder in unser Land eingewandert sind. Wir tun das nicht erst, seit 2015 und 2016 sehr viele Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Wir haben erst im Oktober dieses Jahres in einem Offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten unsere Haltung deutlich gemacht. Bereits in diesem Brief haben wir die zentrale Unterbringung in großen Zentren kritisiert. Wir möchten Sie heute über die Erfahrungen unserer Mitarbeiterinnen im Bayerischen Transitzentrum in Manching-Ingolstadt informieren. Wir tun das, weil wir glauben, dass wir dies im Sinne der Menschlichkeit den dort Schutz- und Asylsuchenden schuldig sind.

Ich will aber klargestellt wissen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden und Institutionen eine engagierte Arbeit leisten und ihre Aufgaben pflichtbewusst erledigen. Unsere Kritik und unsere Forderungen beziehen sich auf die gesetzten Rahmenbedingungen und richten sich an die politisch Verantwortlichen.

Grundsätzliches zum Bayerischen Transitzentrum Manching-Ingolstadt

Das Bayerische Transitzentrum Manching-Ingolstadt in der ehemaligen Max-Immelmann-Kaserne ist die im Jahr 2017 eingeführte Bezeichnung für die bisherige „Ankunfts- und Rückführungseinrichtung (ARE)“. Es geht um die Unterbringung von Asylbewerbern, insbesondere mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit, in der Stadt Ingolstadt und in Manching.

Das Transitzentrum ist auf vier Standorte verteilt, steht unter der Aufsicht der Regierung von Oberbayern und wird von der Münchner Firma PulsM geführt. Die Bewohner kommen z. B. aus der Ukraine oder aus Nigeria. Sie erhalten Vollverpflegung und Taschengeld. Einschränkungen unterliegen die Bewohner im Blick auf das Mitbringen von Lebensmitteln in die Einrichtung. Die Unterkünfte werden rund um die Uhr durch Sicherheitsdienste bewacht und sind eingezäunt.

Damit die Asylverfahren möglichst schnell und Abschiebungen effektiv durchgesetzt werden können, befinden sich dort verschiedene Behörden: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

(BAMF), die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB), das Sozialamt und eine Außenstelle des Verwaltungsgerichts.

Die soziale Beratung hat der Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V. übernommen, obwohl das Gelände auf dem Gebiet der Diözese Eichstätt liegt.

Nachdem die Westbalkanstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt worden sind, wurden ab 2015 in der Immelmann-Kaserne Asylsuchende aus dem Westbalkan untergebracht. Die sind inzwischen fast alle weg. Jetzt leben vorwiegend Menschen aus der Ukraine, Afghanistan und aus Afrika in der Unterkunft. Die meisten kommen aus Nigeria. Allen ist gemeinsam, dass man bei ihnen von einer geringen Bleibeperspektive ausgeht, was auf den durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgesprochenen und statistisch erfassten Anerkennungen fußt. So zumindest hat dies der Freistaat Bayern vorgesehen.

Thema: Zentrale Unterbringung

Erfahrungen der Caritas:

Es ist zwar sinnvoll, dass Asylverfahren sich nicht über Jahre hinziehen und die Menschen über lange Zeiträume im Ungewissen gehalten werden, aber auch die Beschleunigung hat ihre Grenzen, vor allem dann, wenn sie zu Lasten der Menschen geht, die mit großen Problemen ankommen und sich Schutz und Hilfe in Deutschland erhoffen. Im Transitzentrum erfolgen die Anhörungen meist bereits wenige Tage nach der Ankunft, ohne dass die Geflüchteten innerlich angekommen sind, geschweige denn eine qualifizierte Beratung in Anspruch nehmen konnten. Die Erfahrungen unserer Asylsozialberaterinnen zeigt, dass fast alle geflüchteten Menschen, unabhängig von ihrem Herkunftsland, unterwegs traumatisierenden Erlebnissen ausgesetzt waren. Sicherlich sind die erlebten Menschenrechtsverletzungen nicht zwangsläufig auf Krieg oder politische Verfolgung zurückzuführen, sondern häufig die Taten von kriminellen Banden. Vor allem Frauen werden auf der Flucht oft Opfer von Missbrauch und Menschenhandel. Allerdings gab und gibt es für die Betroffenen in den Transitländern, welche sie durchschreiten, selten einen öffentlichen Schutz. Sie sind den kriminellen Machenschaften schutzlos ausgeliefert. Auch wenn bei der Anhörung durch das Bundesamt nach erlittenen Misshandlungen gefragt wird, sind die Opfer selten in der Lage auf Anheb darüber zu sprechen, vor allem wenn es um sexualisierte Gewalt geht.

Viele der Geflüchteten hielten sich vorher bereits in anderen EU Ländern, vor allem in Italien auf. Dort hatten sie teilweise auch eine Aufenthaltserlaubnis, erhalten jedoch keinerlei Hilfe zum

²Das BAMF-Pilotprojekt Asylverfahrensberatung wurde in Kooperation mit der Diakonie Deutschland, dem Deutschen Caritasverband und dem Deutschen Roten Kreuz im Frühjahr 2017 durchgeführt. Über die Veröffentlichung des Evaluationsberichts entscheidet das Bundesministerium des Innern.

Lebensunterhalt. In Italien ist es aktuell extrem schwer, eine Arbeit zu finden. Auch viele Italiener kommen zurzeit wieder als Arbeitsmigranten nach Deutschland.

Geflüchtete Frauen landen in Italien in großer Zahl in der Prostitution. Das Ergebnis: Viele Flüchtlinge fliehen weiter nach Österreich oder Deutschland. Dort werden sie zu „Dublin-Fällen“ oder zu „Drittstaatlern ohne Aufenthaltstitel“. Wenn Geflüchtete nicht aus den so genannten „Top five Ländern“ (Syrien, Irak, Iran, Eritrea, Somalia) kommen, werden sie meist mit „geringer Bleibeperspektive“ eingestuft und in ein Transitzentrum gebracht. Damit ist im Prinzip schon eine Voraussage über das Asylverfahren getroffen.

Die Kapazitäten der Caritas reichen da nicht aus. Sechs Mitarbeiterinnen (= 4 Vollzeitstellen) sind im Transitzentrum präsent und müssen sich um viele Belange der dort lebenden Menschen kümmern.

Forderungen der Caritas:

Wir fordern deshalb ein einheitliches Asylverfahren und eine einheitliche Weise der Unterbringung für alle Asylsuchenden. Die Vorauswahl der Geflüchteten nach guter und geringer Bleibeperspektive wird der Situation der Menschen nicht gerecht. Es muss für alle Geflüchteten genügend Zeit für die Vorbereitung der Anhörung geben und die Möglichkeit einer unabhängigen Verfahrensberatung gewährleistet sein. Wenn Geflüchtete Zugang zu unabhängiger, unentgeltlicher Asylverfahrensberatung haben, wirkt sich das positiv auf Rechtsstaatlichkeit, Fairness, Qualität und Effizienz des Asylverfahrens aus. Asylverfahrensberatung führt nicht zu Verzögerungen und unterstützt das BAMF bei der Identifikation von Personen mit besonderem Schutzbedarf (zum Beispiel Traumatisierte, Kranke und Behinderte).

Auch das BAMF sieht es als hilfreich an, wenn Flüchtlinge vorher ausführlich über das Asylverfahren und worauf es dabei ankommt, aufgeklärt werden. Das sind unsere Erfahrungen u.a. aus dem BAMF-Pilotprojekt Asylverfahrensberatung, das vom Forschungszentrum des BAMF in Zusammenarbeit mit UNHCR Deutschland evaluiert wurde.¹

Thema: Dauer der Unterbringung

Erfahrungen der Caritas

Transitzentren sind ein riesiger Betrieb mit weit über 1.000 Bewohnerinnen und Bewohnern, in welchem die Individualität der Unterbrachten verloren geht. Der Flüchtlingszustrom hat wieder eine zahlenmäßige Normalität erreicht. Die Notwendigkeit der überdimensionalen an einem Ort vorgehaltenen Unterbringungskapazitäten muss deshalb überprüft werden. In den Erstaufnahmeeinrichtungen, wozu auch die Transitzentren gehören, haben die dort lebenden

³Das BAMF-Pilotprojekt Asylverfahrensberatung wurde in Kooperation mit der Diakonie Deutschland, dem Deutschen Caritasverband und dem Deutschen Roten Kreuz im Frühjahr 2017 durchgeführt. Über die Veröffentlichung des Evaluationsberichts entscheidet das Bundesministerium des Innern.

Menschen faktisch keine Chance, Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung zu knüpfen. Ein Kennenlernen der hiesigen Kultur und auch der Umgangsformen ist damit kaum möglich. Konflikte sind vorprogrammiert, die jüngsten Ereignisse in Ingolstadt belegen dies.

Die Kinder der im Transitzentrum lebenden Geflüchteten können erst nach einer Verweildauer von über einem halben Jahr eine externe Schule besuchen. Wenn die Kinder aus einem sog. sicheren Herkunftsland, wie den West-Balkanländern stammen, haben sie überhaupt keine Chance auf einen externen Schulbesuch. Der im Transitzentrum angebotene Unterrichtsstoff wiederholt sich zudem immer wieder und kann kaum auf die unterschiedlichen Bildungsniveaus und Fähigkeit der zu beschulenden Kinder abgestimmt werden.

Forderung der Caritas:

Die Caritas fordert deshalb wieder die zeitliche Reduzierung des Verbleibs in einer Erstaufnahmeeinrichtung auf 3 Monate und Kindern möglichst rasch einen regulären Schulbesuch zu ermöglichen.

Thema: Schwangere und Mütter mit sehr kleinen Kindern

Es gibt zurzeit etwa 60 schwangere Frauen in der Kaserne, meist aus Nigeria. Sie sind in der Regel in Nigeria angeworben worden und mit falschen Versprechungen als Flüchtlinge nach Italien gelockt worden, und werden dort gezwungen, als Prostituierte zu arbeiten. Es handelt sich hier klar um Menschenhandel mit mafiaartigen Strukturen. Diese Frauen sind oft schon im Heimatland missbraucht worden. Wenn sie nun in Deutschland Schutz suchen, werden sie mit vielen Landsleuten in der Kaserne untergebracht, sind dort mangelhaft geschützt und haben kaum Aussicht, sich aus der Spirale von Gewalt und Missbrauch befreien zu können.

Forderung der Caritas:

Wir brauchen für diese und alle anderen Frauen eine bessere Hilfe, die auf die individuellen Bedarfe und Bedürfnisse besser einzugehen. Insbesondere die medizinische und soziale Betreuung von Schwangeren und Müttern mit kleinen Kindern muss verbessert werden.